

Höhere Normen und niedrigere Löhne

Das Ergebnis einer „wirtschaftswissenschaftlichen“ SED-Konferenz

Während die Hausfrauen in der Zone nach Jahren der Mißwirtschaft endlich wieder auf dem Punkt angekommen sind, wo man Brot, Mehl und Zucker hamstern muß, tagten in Ostberlin 400 kommunistische Wirtschaftswissenschaftler, um eine neue Linie für die „Übergangsperiode zum Sozialismus“ auszuarbeiten. Ihre Erörterungen standen nicht im Zeichen der über die Zone hereingebrochenen unmittelbaren Ernährungs- und Krisen, sondern im Horizont abstrakter Stalin-Chruschtschow-Theorien. Um so härter muß das, was jetzt in Anwendung solcher Theorien geschehen soll, die Zonenwirtschaft treffen. Die nunmehr in allen Großbetrieben durchgeführten „ökonomischen Konferenzen“ sind geradezu eine Kampfansage an die sowjetzonalen Arbeiterschaft.

Auf der Wirtschaftswissenschaftler-Konferenz, die im Plenarsaal der Volkskammer abgehalten wurde, unterstrich der SED-Politbüro-Vertreter Fred Oelßner die Ulbrichtsche Forderung von der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus.

Auf dieser Voraussetzung müsse man jetzt eine Wirtschaftsordnung aufbauen, sagte Oelßner, die „den besonderen Gegebenheiten der Teilung Deutschlands“ angepaßt sei. Die Tatsache, daß Deutschland in zwei Teile gespalten sei, mache die Durchführung des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild vorerst unmöglich, Oelßner ließ dabei erkennen, daß nur „gesamtdutsche Bemühungen“ die SED von einer offiziellen Angleichung an das Sowjetsystem abhalten haben. In einem von der SED „vereinigten“ Deutschland würden alle diese Maßnahmen unverzüglich durchgeführt.

Absage an die Vernunft

Während — wie gesagt — aus allen Teilen der Zone Alarmmeldungen über unzureichende Versorgung eintreffen, legen die 400 SED-Ökonomen die wirtschaftlichen Grundlagen für 1955/56 fest: Verstärkung der Schwerindustrie, Steigerung des Maschinenbauprogramms für Zwecke des Exports, Einführung

höherer Arbeitsnormen und Herabsetzung der Löhne in verschiedenen Lohngruppen der volkseigenen Industrie.

In demnächst von der SED-Presse veröffentlichten Teil seines Referats sagte Oelßner, es sei jetzt keine Zeit mehr für gewerkschaftliche Auseinandersetzungen in den Betrieben. Die gegenwärtige Phase der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus lasse nur eine Möglichkeit offen:

Die Anspannung aller potentiellen Möglichkeiten ohne Rücksicht auf den Konsum der Bevölkerung.

Prof. Gunther Kohlmeier suchte im Anschluß daran für die offiziellen Thesen Oelßners eine logische Begründung zu finden, indem er erklärte, es gebe für die Zonenwirtschaft keine andere Möglichkeit als dieses Experiment, wenn ein Zusammenbruch der bereits in diesem Sinne aufgebauten Industrie vermieden werden soll.

Er wandte sich damit gegen die gerade in den letzten Monaten laut gewordenen Ansichten verschiedener SED-Wirtschaftsfunktionäre, die eine vorübergehende Reprivatisierung unrentabler volkseigener Betriebe (bis zur Belegschaftsstärke von 1000 Mann) verlangten.

Auf dieser Konferenz wurde

— ohne daß einer der Teilnehmer es erwähnte — der nächste 5-Jahrplan 1956—1960 geboren. Er wird vom „Neuen Kurs“ auch theoretisch nichts mehr übriglassen. Und die in den Betrieben noch vereinzelt bewahrten Rudimente jenes „Neuen Kurses“ werden jetzt erbarlungslos liquidiert.

Acht bis zwölf Prozent

Die sogenannten „ökonomischen Konferenzen“, deren Durchführung den Betrieben zur Pflicht gemacht wurde, finden in Anwesenheit eines der 400 Berliner Konferenz-Teilnehmer statt. Hier soll geprüft werden, mit welchen Mitteln die vom SED-Politbüro geforderte 8—12prozentige Normenerhöhung durchzuführen ist. Weiter sollen hier die Neufestsetzungen der Löhne vorgenommen werden. Sie werden um etwa den gleichen Prozentsatz gesenkt.

Über das Ergebnis dieser Beratungen werden die Arbeiter und Angestellten ab 15. April auf „ökonomischen Betriebsversammlungen“ unterrichtet. Bis dahin stehen auch die jetzt wieder einmal ungruppierten und mobilisierten „Kampfgruppen“ in Bereitschaft...

Der 17. Juni 1955 wird die Menschen der Zone vor eine wirtschaftliche Situation gestellt sehen, die sie sich nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 gewiß nicht hätten träumen lassen.

Für die SED jedoch ist bezeichnend, daß sie nicht einmal den Versuch unternommen hat, im Rahmen ihrer „ökonomischen“ Beratungen die katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung zu erörtern.

Sie verläßt sich in dieser Angelegenheit nicht mehr auf die längst verbrauchte Staatsreserve, sondern nur noch auf den staatlichen Machtapparat,

Die Zeiten ändern sich

WG. Mit der Veröffentlichung der Dokumente von Jalta hat die amerikanische Regierung einen Stein in das internationale Wasser geworfen, der viele Wellen des Mißvergnügens schlagen wird. Die Tatsachen, die in den Dokumenten enthalten sind, waren zwar zum allergrößten Teile bekannt, insbesondere aus den Memoiren Churchills. Manches aber ist doch neu: Wertungen, Meinungen, leicht hingebrochene Worte der Leidenschaft, des Hasses und der Mißachtung sogar unter Freunden.

Das Ganze jedenfalls ist in der Zusammenfassung eines dicken Aktenbündels das spannende und für alle Welt interessante Drama einer Konferenz mächtiger Staatsmänner.

Unausgeführte Pläne

Wir sehen große Staatsmänner beschäftigt mit Plänen und Entwürfen, die von dem unerbittlichen Gericht der Geschichte bereits nach wenigen Jahren völlig verurteilt worden sind. Sehr verhängnisvolle Pläne, die in Jalta ernsthaft erörtert worden sind, blieben erfreulicherweise unausgeführt: die Sieben- und Fünfteilung Deutschlands, die Befriedigung des alten französischen Hungers nach dem linken Rheinufer, die Internationalisierung des Ruhrgebietes usw.

Andere verhängnisvolle Pläne wurden dagegen durchgeführt: die brutale Vertreibung der Deutschen aus der östlichen Hälfte des Reiches und aus anderen deutschen Siedlungsgebieten, die Unterstellung der ostdeutschen Gebiete unter polnische Verwaltung, die Einführung der Oder-Neiße-Linie als einer vorläufigen Verwaltungsgrenze und schließlich eine Besatzungspolitik, aus der sich die Spaltung Deutschlands ergab.

Diese Tatsachen sind, wie bereits gesagt, bekannt. Neu und erregend ist nur die sprachliche Verdeutlichung der Atmosphäre

jenes erbarmungslosen Gerichtes über Deutschland.

Ernste Problematik

Solche Veröffentlichungen in einer Zeit, in der die Folgen der im Frühjahr 1945 gefaßten Beschlüsse von Jalta noch auf uns allen lasten, entbehren nicht einer ersten Problematik. Sie liegt nicht nur darin, daß einer der beteiligten Staatsmänner, nämlich Winston Churchill, noch lebt, der übrigens gegen manche Bedenken mit der Veröffentlichung einverstanden war. Sie liegt auch in den möglichen Wirkungen, die nicht nur reinigend sein können. Churchill hat bereits erklärt, daß es sich hier um die amerikanische Version des Berichtes über Jalta handele. Er hat britische Ergänzungen und Korrekturen angekündigt.

Präsident Eisenhower erklärte, daß er über die Veröffentlichung nicht unterrichtet worden sei. Dennoch liegt der Fall in den USA verhältnismäßig einfach, weil die Veröffentlichung im Rahmen einer Kampagne gegen die Abmachungen von Jalta erfolgte und offenbar zu Lasten der Demokraten klarstellen soll, daß die regierende Republikanische Partei mit den von Roosevelt begangenen Fehlern nichts zu tun habe.

Im übrigen hat nur die Umkehrung der in Jalta noch bestehenden ost-westlichen Bündnisgemeinschaft in die dramatischste Gegnerschaft der modernen Geschichte die üblichen diplomatischen Hemmungen gegenüber einer so frühzeitigen Veröffentlichung diplomatischer Akten nicht aufkommen lassen.

Die Dokumente von Jalta zeigen uns die furchtbare Kehrseite des Bündnisses zwischen den demokratischen Westmächten und der bolschewistischen Sowjetunion. Manche Deutschen machen dem Westen die Tatsache dieses Bündnisses zum Vorwurf. So gezielt, ist dieser Vorwurf indessen keineswegs berechtigt. Schließlich hatte auch Hitler seinen Pakt mit Stalin, dessen Folgen für Polen und die baltischen Staaten nicht weniger grausam waren als die Beschlüsse von Jalta für Deutschland. Vor allem aber: durch seinen Überfall auf die Sowjetunion und die später folgende Kriegserklärung an die

USA hat Hitler die Kriegsgemeinschaft zwischen dem Westen und der Sowjetunion ganz zwangsläufig selbst begründet.

Berechtigt ist dagegen der Vorwurf, daß die Westmächte — an ihrer Spitze Roosevelt — die gefährliche Kehrseite ihres Bundes mit Moskau nicht erkannten. Sie hielten damals Stalin für den guten „Onkel Joe“, den sie für eine ehrliche Konversion zur Demokratie reif glaubten; sie verharmlosten die im Bolschewismus liegende Gefahr und übersahen den in ihm steckenden nationalistischen Drang zur Weltherrschaft.

Das war der Fehler, der sich für den Westen selbst und für viele andere Völker, nicht zuletzt für Deutschland, so bitter gerächt hat. Wenn wir als Deutsche das feststellen, dann dürfen wir allerdings nicht vergessen, daß der historische Ursprung dieser Fehler in der verbrecherischen Politik liegt, die ihnen im Namen Hitlers vorausgegangen ist.

„So ändern sich die Zeiten“, sagte gestern der frühere britische Labour-Außenminister Morrison; er fügte hinzu: „Sie waren alle gegen Deutschland, jetzt sind sie alle dafür, einschließlich der Russen — wenn auch auf verschiedene Art.“ In diesem Wort liegt die Wahrheit, daß Freundschaften vergänglich sind und nur Interessen die weltpolitische Entwicklung und ihre Veränderungen lenken.

Gemeinsame Interessen

Wir können daraus lernen, daß es also für uns darauf ankommt, in dem weltpolitischen Lebenskreis, in dem wir stehen — und das ist der europäische, der westliche —, möglichst viele gemeinsame Interessen zu entwickeln und zu fördern. Zu diesen gemeinsamen Interessen gehört für uns Deutsche vor allem die Aufgabe der Wiedervereinigung.

Die Mächte von Jalta schulden uns diese deutsche Einheit. Wir haben heute mit ihnen gemeinsam die sehr schwierige Aufgabe, die Fehler zu beseitigen, die in Jalta begangen worden sind; in fester Zusammenarbeit jener Völker, mit denen wir das leidenschaftliche Interesse für Freiheit, Frieden, Menschlichkeit und internationale Rechtlichkeit teilen.

Erich Kleiber bricht mit Pankow

Der berühmte Dirigent verläßt die Ostberliner Staatsoper

Berlin (AP/DPA). Generalmusikdirektor Erich Kleiber hat seine Bindungen an die Ostberliner Staatsoper Unter den Linden gelöst. Kleiber, der die musikalische Leitung der neu errichteten Oper übernehmen sollte, teilte dies dem Opern-Intendanten Max Burghardt in einem Brief aus Köln mit. Er begründete seinen Schritt mit dem plötzlichen Herabreißen der Inschrift „Fridericus rex apollini et musis“ von der Oper, das er als eine Schändung eines eben erst wiederaufgebauten historischen Monuments empfinde. Er habe einsehen müssen, daß zur Zeit der Geist der alten Staatsoper im neuen Hause nicht regieren könne.

Der Brief Kleibers hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Intendant.

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Zeilen. Heute muß ich noch einmal abschließend auf unsere letzten Gespräche zurückkommen.

Das plötzliche Herabreißen der Inschrift „Fridericus rex apollini et musis“ von der Linden-Oper empfinde ich als eine Schändung eines eben erst wiederaufgebauten historischen Monuments. Rätselhaft ist mir, daß man die zweihundert Jahre alte und seit Monaten in neuer Vergoldung weithin leuchtende Inschrift nicht schon vor Jahren zum Verschwinden verurteilt hat, als man damals meine Bedingung annahm: Das Haus müsse genau so wiederaufgebaut werden, wie es 1743 der „Alte Fritz“ durch seinen Baumeister Knobelsdorff dem deutschen Volke geschenkt hat.

Für mich ist dieser Vorfall — nebst anderen Ihnen bekannten Vorkommnissen der letzten Zeit — ein trauriges aber sicheres Symptom, daß — wie im Jahre 1934 — Politik und Propaganda vor der Tür dieses „Tempels“ nicht haltmachen werden.

Früher oder später müßte ich dann doch ein zweitesmal Abschied nehmen von dem Hause, nach dem ich mich 20 Jahre lang geseht habe.

Dieselbe oder eine andere „Stelle“, die den wilden Befehl gab, die Inschrift „binen zwei Stunden“ zu entfernen, wird sich nicht abhalten lassen, in meinen Wirkungskreis einzudringen und mit Anweisungen oder Richtlinien meine bisher völlig unbeeinflusste Kunstübung zu stören.

Mein Entschluß, die Bindung mit der Staatsoper aufzugeben, steht fest. Ich habe ihn schweren Herzens gefaßt! Ich wollte

dem Institut die Treue halten — habe aber einsehen müssen, daß zur Zeit der Geist der alten Staatsoper im neuen Hause nicht regieren kann.

Es bleibt mir nur übrig, Ihnen, sehr verehrter Herr Intendant, für Ihr Entgegenkommen und für Ihren guten Willen, ein erstklassiges Operninstitut zu schaffen, herzlichst zu danken. Ich bitte Sie, dem Personal der Staatsoper den Inhalt dieses Schreibens mitzuteilen.

Mit besten Grüßen und Wünschen, bin ich Ihr ergebener
(gez.) Erich Kleiber.“

Generalmusikdirektor Kleiber war mit seiner Frau vor einigen Tagen aus Ostberlin nach Köln abgereist. Sein Sohn, der am Potsdamer Hans-Otto-Theater als zweiter Kapellmeister engagiert war, ist dem Vater inzwischen gefolgt.

Stärkerer Wille zur Einheit

Berlin (DPA). Der Wille zur Wiedervereinigung stärke sich in allen Kreisen des deutschen Volkes, sagte der Präsident des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Paul Löbe, in einer Presseerklärung.

Mit besonderem Nachdruck werden die Probleme der Wiedervereinigung in die Arbeit der wissenschaftlichen Institute einbezogen. Die Mitarbeiter des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ werden am 26. und 27. März in Königswinter die Richtlinien für die künftige Arbeit festlegen.

Spur führt nach Ost-Berlin

Hamburg (AP/DPA). Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat das vorläufige Ergebnis ihrer Untersuchungen in dem

Eine Reihe von Sängern aus Westberlin, dem Bundesgebiet und Wien ging nur unter der Voraussetzung ein Engagement mit der Ostberliner Oper ein, daß sie unter Erich Kleiber arbeiten würden. Es ist anzunehmen, daß sie jetzt ebenfalls auf Kleibers Absage ihre Folgerungen ziehen werden.

An die vorgesehene Tätigkeit des international bekannten Dirigenten hat man in Ostberlin große Erwartungen geknüpft. So sollte die Staatsoper am 4. September mit Beethovens „Fidelio“ unter der Stabführung Kleibers eröffnet werden.

DT. Es war nicht schwer vorauszusagen, daß Erich Kleiber, der so entschieden der braunen Gefahr trotzte, schließlich auch die rote erkennen würde. Der Westberliner Senat und der Intendant der Städtischen Oper, Prof. Carl Ebert, haben Erich Kleiber von Anfang an auf die Gefahren hingewiesen, die er bei einer Bindung an die ostzonale Seite eingehe. Der salbungsvoll-rührselige Kommentar, in dem der Ostberliner Rundfunk zu Kleibers Entschluß Stellung nahm, zeigte jetzt nur zu deutlich, welche großen Anstrengungen man — allerdings vergeblich — gemacht hatte, um Kleiber zum Aufbau der östlichen Kulturfassade zu mißbrauchen.

Harburger Explosionsunglück bekanntgegeben. Danach hatten die beiden Opfer des Unglücks, die KP-Mitglieder Reinke und Überbrück, Auftraggeber in Ostberlin, die Decknamen trugen.

Im Dezember wollte Reinke angeblich in Berlin Arbeit suchen. Er kehrte aber dann mit „namhaften Geldbeträgen“ wieder zurück. In Reinkes Kellerwohnung explodierten später Sprengstoffvorräte.

Freie Fahrt für Zonen-Besuch

Celle (AP). Der Stadtrat von Celle hat beschlossen, Besucher aus der Sowjetzone mit den städtischen Verkehrsmitteln kostenlos zu befördern. Die Stadt erwägt außerdem, ihnen auch den kostenlosen Besuch von Theatern, Museen und Kinos zu ermöglichen.

FDJler kamen nicht zum Zuge

Godesberger Jugendgespräch ohne kommunistische Thesen

Bonn. In der Jugendherberge in Bad Godesberg hat eine erste Begegnung zwischen je drei Vertretern des Bundesjugendringes und der sowjetzonalen FDJ stattgefunden. Sie endete ohne greifbares Ergebnis. Die Zusammenkunft war zustande gekommen, nachdem die FDJ Anfang Februar sich bereit erklärt hatte, auf der Grundlage von vier Punkten zu verhandeln, die vom Bundesjugendring als Voraussetzung jedes Gesprächs genannt worden waren. Die vier Punkte lauteten: Freilassung aller aus politischen Gründen in der Sowjetzone verhafteten Jugendlichen, Verzicht der FDJ auf ihren Charakter als Staatsjugend und auf ihr Monopol als einzige Jugendorganisation in der Zone, Zulassung aller westdeutschen Jugendschriften und Zulassung aller Jugendorganisationen in der Zone.

Das Treffen wurde durch eine vor einigen Tagen in Berlin veröffentlichte Erklärung der FDJ erschwert, daß es jugendliche politische Häftlinge in der Sowjetzone nicht gebe. Die Vertreter des Bundesjugendringes bestanden darauf, daß die Unterhändler der FDJ vor Beginn der Verhandlungen diese Erklärung zurücknahmen. Es kam daraufhin zunächst zu einem längeren Streitgespräch über den Begriff „politischer Häftling“.

Die Vertreter der FDJ nahmen dabei den bekannten Standpunkt ein, daß die aus politischen Gründen erfolgten Verhaftungen tatsächlich kriminelle Hintergründe hätten.

Als die Gefahr bestand, daß bei Aufrechterhaltung dieses Standpunktes die Verhandlungen durch den Bundesjugendring abgebrochen würden, erklärten die Delegierten der FDJ, ihrer Organisation sei von der Existenz jugendlicher politischer Häftlinge nichts bekannt.

Verträge passieren Bundesrat

Bonn (DPA). Der Bundesrat hat die Pariser Verträge einschließlich des Saarabkommens ohne Einwendungen passieren lassen. Damit ist die parlamentarische Behandlung des Vertragswerks abgeschlossen. Bundeskanzler Adenauer, der schweigend der Sitzung beiwohnte, äußerte sich hierüber befriedigt.

Erfolg für Berlin

Bonn (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister Suhr und Bürgermeister Amrehn haben in Bonn mit Bundesfinanzminister Schäffer über den Berliner Haushalt 1955 verhandelt und in den meisten Punk-

ten Übereinstimmung erzielt. Berlin wird für das neue Haushaltsjahr einen Bundeszuschuß in Höhe von 850 Mill. DM erhalten.

Außerdem erklärte sich der Bundesfinanzminister bereit, eine aus der Zeit von vor 1949 bestehende Schuld von 80 Mill. D-Mark, die von Berlin nie anerkannt worden war, endgültig zu streichen. Berlin soll weiter eine Anleihe von 120 Mill. DM für den sozialen Wohnungsbau erhalten. Suhr errechnete daraus vor der Presse, daß Berlin also mit einem Bundeszuschuß von 950 oder 970 Mill. rechnen könne.

Sie behaupteten dann weiter, ihre Beziehungen zur Regierung der Sowjetzone seien so gut, daß sie den Versuch unternehmen könnten, über den Zentralrat der FDJ die Frage der Freilassung bei der Regierung vorzubringen.

Am Schluß der Verhandlungen, die etwa vier Stunden dauerten, übergaben die FDJler eine Denkschrift von 21 Seiten, deren Kernstück neun Punkte bilden, die u. a. fordern: gemeinsame Aktion der Jugendverbände in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone gegen die Pariser Verträge sowie gegen „alliierte Sabotage- und Spionageorganisationen“.

Die drei Verhandlungsführer des Bundesjugendringes sagten nach Beendigung der Verhandlungen vor der Presse, solange die FDJ jetzt nicht durch Taten, das heißt durch Erfüllung der vier Punkte des Bundesjugendringes, ihren guten Willen beweise, würden weitere Gespräche abgelehnt werden.

Verdrehungen

DT. Mit vollem Recht ist in letzter Zeit die Forderung erhoben worden, einen verstärkten Kontakt mit den Menschen der Sowjetzone herzustellen außerhalb des Politisch-Propagandistischen. Am notwendigsten ist das überzonale Zusammenkommen der Jugend.

Praktisch jedoch gibt es in der Zone nur die FDJ. Wenn der Bundesjugendring sich trotzdem entschloß, durch eine Konferenz mit FDJlern das Risiko einer verfälschenden politischen Auswertung einzugehen, so wurde er hauptsächlich von zwei „menschlichen“ Erwägungen geleitet: nichts unversucht zu lassen, das Schicksal der wegen ihrer Gesinnung eingekerkerten Jugendlichen in der Sowjetzone zu erleichtern, und die Abkapselung der mitteldeutschen Jugend endlich zu überwinden.

Die FDJler entpuppten sich aber ganz als „Politiker“ und beileibe nicht als Jugendführer. Das Althergebrachte der kommunistischen Dialektik und Propagandaauswertung wurde von ihnen gefissentlich praktiziert. Aus der ersten Diskussion von Godesberg, in dem für die Jugendführung der Zone höchst peinliche Dinge zur Sprache kamen, wurde in der Ostspresse ein erfreuliches gesamtdeutsches Gespräch, die höfliche Haltung der Gesprächspartner wurde als „freundschaftlich“ und „kameradschaftlich“ kommentiert und die ganze Angelegenheit schließlich als ein Fortschritt im Kampf „gegen die Verträge“ hingestellt. Der Vorsitzende des Bundesjugendringes, Koeppler, bezeichnete das als „grobe Unwahrheit“ und „völlige Verdrehung“.

Die FDJ hat die Begegnung überhaupt nur gesucht, um sich eine konkrete Grundlage für Falschmeldungen zu schaffen, mit denen sie die Zonenjugend besänftigen will.

Im übrigen wird die FDJ-Delegation einen besonderen Eindruck nach Hause mitgenommen haben: Man will im Bundesgebiet die Jugend der Sowjetzone begrüßen, aber man wird bei einem etwaigen Austausch von Jugendgruppen halbstarke Politagenten nicht unbeachtet zwischen Pankow und den westlichen Jugendherbergen herumwandern lassen.

Ratifizierung in Paris gilt als sicher

Vorentscheidung zugunsten der Verträge

Paris (AP). Der außenpolitische Ausschuß und der Verteidigungsausschuß des Rates der Republik, die beiden maßgeblichen Ausschüsse des französischen Oberhauses, haben die Pariser Verträge und das Saarabkommen gebilligt. Damit gilt die Ratifizierung der Verträge durch das Plenum des Rates als gesichert. Sowohl Ministerpräsident Faure als auch Außenminister Pinay äußerten sich optimistisch über den letzten Teil des Ratifizierungsverfahrens.

Der außenpolitische Ausschuß stimmte den Verträgen mit großer Mehrheit zu. Die Pariser Verträge wurden mit 20 gegen vier Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen angenommen, während das Saarabkommen mit 20 gegen sechs Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen gebilligt wurde. Der Verteidigungsausschuß billigte die Verträge mit

14 gegen neun Stimmen bei drei Stimmenthaltungen, während vier Mitglieder der Abstimmung nicht beiwohnten.

Im Verteidigungsausschuß sprachen sich vor der Abstimmung zwei entschiedene Anhänger General de Gaulles für die Annahme der Verträge aus. Verteidigungsminister Koenig erklärte, vom militärischen Standpunkt aus seien die Pariser Verträge wesentlich besser als das EVG-Projekt.

Spionenkartei mit 200 Namen

Fahndung in ganz Skandinavien

Stockholm (DPA). Der Spionagefall, der in Schweden aufgedeckt wurde, hat die schwedischen Sicherheitsbehörden auf die Spur einer Spionageorganisation gebracht, die sich wahrscheinlich über ganz Skandinavien erstreckt. Die schwedische Polizei gab bekannt, bei einem

Rücktritt im April

London (AP). Der britische Premierminister Churchill beabsichtigt nach Mitteilung aus Freundeskreisen, innerhalb weniger Wochen zurückzutreten.

Die Mitteilung folgte Meldungen mehrerer Blätter, daß der 80jährige Churchill in der ersten Aprilhälfte sein Amt an Außenminister Eden abgeben werde. Niemand in London weist aber die Möglichkeit von der Hand, daß Churchill seinen offenbar gefaßten Beschluß umstoßen könnte.

Taktische Atomwaffen warnen

Dulles; Nato-Planung auf Einsatz abgestellt

Washington (AP/DPA). Außenminister Dulles teilte auf einer Pressekonferenz mit, daß die USA taktische Atomwaffen einsetzen würden, wenn sie in einen größeren Krieg verwickelt werden sollten. Darauf sei auch die NATO-Planung abgestellt.

2 Milliarden für Asien

Washington (VWD). Die USA-Regierung wird im April ihr geplantes Asien-Hilfsprogramm in Höhe von 2140,5 Mill. Dollar dem Kongreß vorlegen. Der Leiter des Amts für Auslandstätigkeit (FOA), Harold Stassen, gab folgende Aufstellung bekannt: für Beschaffung militärischer Güter und Ausbildungsvorhaben 675,5 Mill., direkte Verteidigungshilfe 550 Mill., übrige Vorhaben 915 Mill. Dollar.

Plan für Vierertreffen

London (AP). Die Westmächte haben nach Mitteilung diplomatischer Kreise bereits einen provisorischen Plan für eine Konferenz mit der Sowjetunion nach der Ratifizierung der Pariser Verträge ausgearbeitet.

Der Plan sieht die Bildung einer Studiengruppe der West-

mächte vor, die alle notwendigen Vorbereitungen für die Koordinierung der westlichen Politik treffen soll. Bei der Beratung deutscher bzw. österreichischer Fragen sollen Vertreter dieser Länder hinzugezogen werden. Richtlinien wird die Studiengruppe von den Außenministern der Westmächte erhalten. Die Studiengruppe wird nach Ansicht diplomatischer Kreise voraussichtlich mehrere Monate für ihre Arbeit benötigen, so daß die Konferenz Ende des Jahres stattfinden könnte.

Wiens Antwort

Wien (AP/DPA). Die österreichische Regierung hat sich in einer Note an die Sowjetunion für eine gesonderte Behandlung des Staatsvertrages durch die vier Besatzungsmächte unter Beteiligung Österreichs ausgesprochen. Vor einer solchen Konferenz solle die Sowjetunion jedoch mitteilen, was die Forderung nach Garantien gegen einen neuen „Anschluß“ und die Bedingung, Österreich dürfe keinem Militärbündnis beitreten, im einzelnen bedeute.

der in Stockholm Verhafteten sei eine Kartei mit 200 schwedischen, dänischen und norwegischen Adressen entdeckt worden. Die dänischen und norwegischen Behörden hätten sich in die Untersuchungen eingeschaltet.

Beobachter in den skandinavischen Hauptstädten glauben, daß sich die Tätigkeit der Spionageorganisation gegen die militärischen Maßnahmen der Atlantikpaktmächte in Skandinavien gerichtet hat.

Von den elf Verhafteten haben nach Stockholmer Zeitungsmeldungen zwei Geständnisse abgelegt. Der schwedische Reserveoffizier und frühere Caféhausbesitzer Oertenblad soll zugegeben haben, von dem tschechischen Militärattaché Nemac 4000 bis 5000 Kronen für die Überlassung militärischer Literatur erhalten zu haben. Außerdem soll ein Rumäne, der in einer großen Stockholmer Bank tätig war, gestanden haben, daß er im Auftrag der rumänischen Gesandtschaft Flüchtlinge bespitzelte.

Paris will H-Bomben bauen

Paris (Eigenmeldung/DPA). Der französische Ministerpräsident Faure hat sich dafür ausgesprochen, daß auch Frankreich die Produktion von Wasserstoffbomben aufnimmt.

Faure teilte weiter mit, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge im Einvernehmen mit den Alliierten alle geeigneten Maßnahmen unternommen werden sollen, um die Aussichten für eine Ost-West-Konferenz über Deutschland und Österreich zu sondieren.

Die Marienburg und ihr Schicksal

Was wurde aus dem Deutschordensschloß?

Bei den Kriegsergebnissen vor zehn Jahren entzogen sich zusammen mit den Städten des deutschen Ostens auch jene berühmten Kirchen und Ordensburgen unseren Blicken, die längst zu Begriffen für die Kolonisierungs- und Christianisierungsarbeit in diesen Gebieten geworden sind.

Fern vom Reich und seinen großen Meistern wuchsen kulturelle Höchstleistungen empor, an deren Spitze die Marienburg in Ostpreußen stand.

Das wechselvolle Schicksal dieser größten Burg Europas ist der erregende Hintergrund einer soeben vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen Baugeschichte. Sie wurde vom letzten Schloßbaumeister der Marienburg, Prof. Bernhard Schmid, verfaßt und von Regierungsbaurät Karl Hauke erläutert und ergänzt. Die frühere Tätigkeit der Autoren, die sachliche Art ihrer Darstellung und die umfassenden Kenntnisse über die Einzelheiten, die sie vermitteln, machen das Buch zu dem authentischen Werk der Nachkriegszeit. Zwischen den Zeilen spiegeln sich die dramatischen Ereignisse um das Ordensschloß im Laufe seiner 675-jährigen Geschichte wider.

Geschichte der Burg

Ursprünglich ein Konventsbaus für einige Ordensritter, wurde es 1309 Ordenshauptsitz, als der Hochmeister seine Residenz von Venedig nach Ostpreußen verlegte. Über ein Jahrhundert lang blieb die Burg als Regierungssitz des Hochmeisters ein wichtiges Zentrum der europäischen Politik. Im 15. Jahrhundert fiel sie an Polen; lange Zeit diente sie dem polnischen König als Schloß. Preußisch geworden, verwandelte sie Friedrich der Große in eine Kaserne, später in einen Getreidespeicher. Während der Befreiungskriege begann in großem Stil der Wiederaufbau, an dem sich Männer wie Schinkel und Steinbrecht beteiligten. Noch 1944 waren Wiederherstellungsarbeiten im Gange. Dann kamen die sowjetischen Armeen.

Von Ende Januar 1945 bis zum März wurde erbittert um sie gekämpft. Nach dem Verlust von Dirschau zogen die deutschen Truppen ab. Sie hinterließen ein stark beschädigtes Bauwerk, dessen Mauern aber dort, wo nur wenige Öffnungen vorhanden waren, sogar noch dem mo-

deren Geschützfeuer getrotzt hatten. Die Verwüstung des Schlosses, besonders der Inneneinrichtung, blieb den russischen Eroberern vorbehalten.

Die Zerstörungen

Auch über das Ausmaß der Zerstörungen, soweit es überhaupt festzustellen ist, gibt die Neuerscheinung Auskunft. Danach hat die Ostseite am meisten unter den russischen Angriffen gelitten. Hier waren im Hochschloß ein Schlafsaal der Ordensritter und im Mittelschloß die „Gastkammern“ untergebracht. Dächer wurden abgedeckt, der Schloßturm herabgeschossen und der Chor der Schloßkirche zerstört. Außen am Chor, in der Nische eines blinden Fensters, befand sich seit

der Mitte des 14. Jahrhunderts eine acht Meter hohe vollplastische Stückfigur, die mit leuchtenden Mosaiken überzogen war und dem ganzen Bauwerk seinen Namen gab: die berühmte „Madonna gen Osten“, Programm und Symbol der Arbeit des Deutschen Ordens. Dieses in der deutschen Kunst einzigartige Marienbild, das 600 Jahre die Wanderer schon von weitem begrüßt hatte, ist ein Opfer des Krieges geworden. Verschleppt oder mutwillig vernichtet wurde auch ein großer Teil der wissenschaftlichen Bibliothek, der untergestellten Museumsbestände und Kunstschätze.

Heute nennen die Polen die Marienburg „Malbork“. Nach wie vor ist sie ein beliebtes Ausflugsziel für Ferienreisende. Zwar wird in den Prospekten und den Erklärungen der Fremdenführer von ihrem „urslawischen Charakter“ gesprochen, doch das dürfte eine Behauptung sein, die selbst von den Polen und Russen auf der Stelle als eine von oben vorgeschriebene Propagandafloskel erkannt wird.

Brotqualität wie im Krieg

Die Ernährungsschwierigkeiten in der Zone machen sich jetzt auch auf dem Brotsektor bemerkbar. Wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen berichtete, muß Roggenbrot künftig aus bis zu 86 Prozent ausgemahlenem Getreide gebacken werden. Damit sinkt die Qualität des Brotes fast auf den Stand der letzten Kriegswochen, in denen die Bevölkerung mit Roggenbrot 90prozentiger Ausmahlung versorgt wurde.

Kabel wieder getrennt

Berlin (Eigenmeldung). Die zur Leipziger Frühjahrmesse zwischen dem Westberliner Fernamt und dem Fernamt Leipzig geschalteten drei Telefonleitungen sind in dieser Woche wieder von den Ostberlinern abgeschnitten worden.

Appell an die UN

Berlin (DPA). Der Untersuchungsausschuß freier Juristen hat die Vereinten Nationen ersucht, sich für 35 Wissenschaftler und Spezialisten einzusetzen, die gegen ihren

Willen in der Sowjetunion festgehalten werden.

Bischöfe bei Puschkin

Berlin (epd). Die Bischöfe D. Dibelius und Weskamm haben den sowjetischen Oberkommissar Puschkin besucht. Presse und Rundfunk der Sowjetzone haben über den Besuch zunächst nicht berichtet.

Geflüchtet

Berlin (DPA). Nach Westberlin geflüchtet ist das Mitglied des Bezirksvorstandes Berlin des Sowjetzonen-Pressverbandes, Hans Ulrich Behm (SED). Er hat um politisches Asyl gebeten.

Bilanz der Nächstenliebe

Die „Schweizerische Europa-Hilfe“, an der auch das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz und der schweizerische Caritasverband beteiligt sind, hat seit ihrer Gründung 1948 bis Ende 1954 insgesamt 12,5 Millionen Schweizer Franken zur Notlinderung im Ausland ausgegeben.

Arndts Name mißbraucht

Berlin (Eigenmeldung). Wie die Sowjetzonenagentur ADN meldet, hat das Präsidium der „Nationalen Front“ eine „Ernst-Moritz-Arndt-Medaille für hervorragende Leistungen um ein einiges, friedliebendes, demokratisches Deutschland“ gestiftet. Sie soll jährlich am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, und am 7. Dezember, dem Jahrestag des „I. Deutschen Volkskongresses“, verliehen werden.

Was würde der Dichter der Befreiungskriege gegen die napoleonische Vorherrschaft heute sagen, wenn er wüßte, daß sein Name im Zusammenhang mit dem Beginn der sowjetischen Besetzung Mitteleuropas mißbraucht wird...

Ostzonen-Perlon ohne Abnehmer

Der gute Ruf der „Dame Perlon“ ist nach Meinung des Vorsitzenden der sowjetzonalen IG Chemie, Horst Willim, gefährdet. Er befaßt sich in einem langen Artikel in der „Tribüne“ vom 11. März mit den Hemmnissen, die der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Textilien aus Perlon entgegenstehen und wirft dabei alle Schuld auf den Großhandel, der keinen Kontakt mit den Bedürfnissen der Bevölkerung habe.

Der Verfasser lobt die sowjetzonalen Hersteller der synthetischen Faser über den grünen Klee und meint sogar, ihr Produkt sei dem des kapitalistischen Westens mindestens ebenbürtig. Er vergißt aber ganz, auf eigene Mängel in der Fabrikation hinzuweisen, die zum Teil ihre Ursache haben in der mangelnden Ausstattung mit modernsten Maschinen, die gerade in der Perlonfertigung einem schnellen Wandel unterworfen sind. Wenn er von hervorragenden Fachleuten spricht, so hat sich beim Herüberwechseln vom Osten nach dem Westen schon häufiger ergeben, daß sie noch eine Menge hinzulernen müssen, um im Westen als wirkliche Facharbeiter gelten zu können.

Für die beklagten Mängel, die die sowjetzonale Presse immer wieder, und nicht nur auf diesem Gebiet, vorbringt, ist zu allererst das kommunistische Plansystem verantwortlich und

So werden sie geködert...

Prämien für Teilnahme an kommunistischen Jugendweihen

Berlin (KNA). Die Werbung für die kommunistischen pseudo-religiösen Jugendweihen wurde in den letzten Tagen noch verstärkt. So hat der Stellvertreter des Sowjetzonen-Kulturministers, Hans-Joachim Laabs, die Lehrer und die Funktionäre der SED nochmals eindringlich aufgefordert, durch „persönlichen Einsatz“ die bisher nicht zufriedenstellenden Ergebnisse der Werbung zu verbessern.

Ferner hat das Mähdreschwerk Weimar 400 Teilnehmer an den Jugendweihen je eine Uhr im Werte von 30 Mark versprochen. Das Porzellanwerk Plaua hat für 40 Jugendliche einen Betrag

von je 20 Mark zur Verfügung gestellt. Etwa 30 volkseigene Betriebe in Thüringen haben ihre Unterstützung zugesagt und sich verpflichtet, den Lohn von Überstunden für die Feiern bereitzustellen.

Christliche Ideen „Utopien“

Berlin (Eigenmeldung). Deutlicher als aus dem Inhalt der eigentlichen „Weihe-Gelübde“ geht der atheistische Sinn der Jugendweihen aus einem Artikel in dem Dresdener SED-Organ „Sächsische Zeitung“ hervor.

Darin heißt es über eine Jungendstunde zur Vorbereitung der „Weihe“, das Ziel dieser Stunde sei gewesen, zu zeigen, „wie im Laufe der Jahrhunderte die besten Menschen von einem schöneren, glücklichen und freien Leben in der Gesellschaft träumten, ihr Leben dafür aufopfernten, und wie in unserer Zeit diese Träume und Hoffnungen Wirklichkeit werden.“

Offen wird der historische Materialismus proklamiert: „Die jungen Menschen müssen die tiefe Einsicht gewinnen und müssen in der Überzeugung bestärkt werden, daß die Träume und Hoffnungen der Menschen in früheren Zeiten vom Himmelreich und Gottesstaat auf Erden, vom Reich der ewigen Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, vom Sonnenstaat, vom Reich des Friedens und der Liebe unter den Menschen unter den damaligen Bedingungen Utopien waren und die Welt nicht verändern konnten.“

Die Idee der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft sei durch die Lehre von Marx und Engels, Lenin und Stalin „vom Traum zur Wirklichkeit“ geworden.

Konfirmanden nicht beeinflusst

Berlin (Eigenmeldung). Ein besonders reges Gemeindeleben hat sich nach der Errichtung der Kirchenbaracke in Stalinstadt bei Fürstenberg an der Oder entwickelt.

In diesem Jahr gibt es achtzig Konfirmanden, von denen, wie berichtet wird, der überwiegende Teil durch die Propaganda für die Jugendweihen nicht beeinflusst worden ist.

erst in zweiter Linie die mit dem Bedarf nicht vertraute Industrie oder der Handel. Das Angebot an Perlon-Artikeln ist, so heißt es, im Sortiment und in der modischen Ausführung noch völlig ungenügend. „Arbeiter-Kontrollen“ haben nach Willim festgestellt, daß die Ursachen nur in der Desorientierung der Textilindustrie und des Handels liegen. Überfüllten Lägern in der Kunstfaser-Industrie steht nur geringe Abnahme durch den Großhandel gegenüber.

Die VEB Venusberg habe z. B. 80 000 Garnituren Perlonwäsche am Lager. Vielleicht ist man aber mit deren Qualität nicht zufrieden. Es ist nicht unbekannt, daß die guten Sorten immer noch in die Sowjetunion oder in den Export fließen und daß die minderen Qualitäten auf dem Sowjetzonenmarkt angeboten werden, wo sie ohne Rücksicht auf den Geschmack der Bevölkerung in den HÖLäden noch über die höheren Herstellungskosten hinaus ungebührlich verteuert werden. Die Konkurrenz hat dagegen in Westdeutschland in den letzten Jahren den Preis sehr erheblich verbilligt.

Die Konkurrenz zwingt eben dazu, dem Verbraucher immer Neues, Modernes und Besseres anzubieten. Aber das ist eben bei der Planwirtschaft nicht möglich. Sie wird immer hinterherhinken.

Der Weg in die Freiheit

Zum Tode von Theodor Plivier

Der Schriftsteller Theodor Plivier, Verfasser der erregenden dreiteiligen Kriegsbilanz: „Stalingrad“ — „Moskau“ — „Berlin“, erlag im Alter von 63 Jahren in der Schweiz einem Herzschlag. Seine Stimme aber wirkt weiter mit der ersten Mahnung: „Die großen sittlichen Kräfte — Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Vernunft, Freiheit des Denkens und Gebundenheit ans eigene Gewissen — haben sich auch in den Verwirrungen unserer Zeit als feuerfest erwie-

vorzeichen sich nur eine neue Form der Despotie entwickelte.

Noch nach dem Zusammenbruch 1945 war er ehrlichen Willens und guten Glaubens und übernahm in Weimar die Funktionen eines Landesleiters des sowjetisch ausgerichteten Kulturbundes. Als er aber nicht „Ordre parierte“, kam es zum Bruch; er ging nach Westdeutschland und ließ sich 1948 in der Nähe von Konstanz am Bodensee nieder. Es war im Grunde der gleiche Widerstand gegen den Zwang und die Unfreiheit, wogegen er schon

1918 aufbegehrt hatte, der ihn, 30 Jahre später, zu dem leidenschaftlichen Bekämpfer des Bolschewismus werden ließ.

Denn er hatte erkannt: „Erst wenn der moralische und der technische Globus eins geworden sind, erst wenn Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, persönliche Freiheit und Nächstenliebe sich darin auswirken können, kann ein neues Zeitalter anbrechen.“ Es ist also zwischen Pliviers erstem Roman „Des Kaisers Kuli“ bis zu seiner Trilogie „Stalingrad“ — „Moskau“ — „Berlin“ im Grunde kein Bruch in seiner Haltung zu verzeichnen, sondern nur eine Klärung, eine Erkenntnis der veränderten Position.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

sen. Es lohnt sich, alles daran zu setzen, daß sie ihren Platz auf der Erde behalten.“

In seinen Schriften, in den Reden und Funkkommentaren der letzten Jahre warnte er immer wieder vor der Bedrohung der Kultur durch totalitäre Mächte. Unermüdet erinnerte er darin an die Pflicht, Widerstand zu leisten gegen jede Unterdrückung des Geistes.

Die Kommunisten betrachten Plivier als einen Abtrünnigen; aber seine Entwicklung ist folgerichtig. Von Anfang an hat er sich gegen jeden Zwang gestemmt, der die Freiheit des Individuums gefährdete. Deshalb wandte er sich einst als Matrose der Kaiserlichen Marine gegen den damaligen Militarismus. So trat er in der Revolution von 1918 als Redakteur- und Volksredner auf und neigte dem Kommunismus zu — bis er in seiner freiwilligen Emigration nach Rußland erkennen mußte, daß dort unter veränderten

Wie man sich das Leben erleichtert

Immer neue arbeitsparende Erfindungen

Um den Aufwand an Kosten und Mühe zu verringern, werden immer neue arbeitsparende Methoden, Apparate und Geräte erfunden.

Dänemark z. B. hat eine neue Idee gehabt: Statt wie bisher den winterlichen Schneemassen mit Schaufeln oder Schneepflügen zuleibe zu gehen, hat man in diesem Winter einen neuartigen „Schneesauger“ eingesetzt. Er saugt den Schnee von den Landstraßen auf und bläst ihn 20 Meter weit über die angrenzenden Felder.

In Zukunft möchte man sich auch die Kosten für die Schneeräumkolonnen sparen, die alljährlich in Kopenhagen eingesetzt werden müssen. Mit dem überschüssigen Dampf der Kraftwerke will man die wichtigsten Straßen beheizen, damit der Schnee sofort abtaut.

Die Franzosen haben eine besondere Begabung für das Erfinden arbeitsparender Geräte. Zu den neuesten gehört die sogenannte „Napschnecke“. Unter dieser reizenden Bezeichnung hat man sich eine Gummischale vorzustellen, etwa von der Größe einer kleinen Hausschild-

kröte, in der ein Uhrwerk, Schwamm, Wasser und Fensterleder enthalten sind. Setzt man die „Napschnecke“ an eine Fensterscheibe, dann läuft sie selbsttätig daran auf und ab und reinigt das Glas.

600 km Autobahn

Die Straßenbaupläne des Bundesverkehrsministeriums sind fertiggestellt. Danach sieht das gesamte Autobahnprogramm der 1. Dringlichkeitsstufe für sechs bis acht Jahre den Neubau von 603 Kilometer Autobahn vor.

Das endgültige Neubauprogramm umfaßt 2268 km.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.